

GRÜNE

Ein Herz für Sittenstrolche

Mit einer Streitschrift rechtfertigten Berliner Grüne einst Sex mit Kindern. Später verschwiegen sie die peinliche Broschüre.

Ein Mädchen, um die fünf Jahre alt, sitzt auf dem Boden. Es lächelt in die Kamera, die Schenkel sind gespreizt. Das Mädchen ist nackt. Ein paar Seiten weiter streichelt ein erwachsener Mann einen kleinen Jungen, beide sind unbekleidet. Auf einem Foto ist der Penis des Mannes zu sehen. Eine Zeichnung zeigt einen kleinen Knirps mit Limo neben einem großen breiten Mann mit Bier. Die beiden sitzen an einem Tresen. In der Denkblase des Jungen steht: „Wie mach' ich's nur, daß er's mit mir treibt?“

Die 68 Seiten starke Broschüre mit dem roten Herz auf dem Titel birgt zahlreiche Illustrationen dieser Art. An einer Stelle im Text heißt es: „Wenn es zu einem geschlechtlichen Kontakt zwischen Kind und Erwachsenen kommt, liegt die Ursache in der Mehrheit der Fälle beim Kind.“

Herausgegeben und finanziert wurde die pädophile Streitschrift 1980 vom „Bereich Schwule“ der Alternativen Liste (AL) für Demokratie und Umweltschutz in West-Berlin, aus der im Mai 1993 die Berliner Grünen hervorgingen. Der Titel der Broschüre: „Ein Herz für Sittenstrolche“. Bis heute wird sie von Pädophilen als herausragendes Werk gelobt und verbreitet.

Schriftstücke wie diese bringen die Grünen derzeit in Erklärungsnot. Seit Monaten gibt es eine Debatte über den Einfluss pädophiler Aktivisten auf die damals frisch gegründete Ökopartei. Nach öffentlichem Druck beauftragte die Parteitipitze vor drei Monaten Wissenschaftler der Universität Göttingen, „Umfang, Kontext und Auswirkungen pädophiler Forderungen in den Milieus der Neuen Sozialen Bewegung sowie der Grünen“ zu untersuchen.

Die ersten Zwischenergebnisse des Forscherteams rund um den Politologen Franz Walter zeigen: Die Forderung, das



Grünen-Mitglied Schlauch „Ganz weit entfernt“



Streitschrift für Pädophilie, 1980: „Die Ursache liegt in der Mehrheit der Fälle beim Kind“

Sexualstrafrecht zugunsten Pädophiler zu reformieren, findet sich in den achtziger Jahren sowohl im Grundsatzprogramm der jungen Bundespartei als auch in fünf Landtagswahlprogrammen.

Selbst die vergleichsweise konservativen baden-württembergischen Grünen machten sich zu Anwälten der Pädophilen. Der dortige Landesvorstand verabschiedete im März 1985 ein Papier für den bevorstehenden Parteitag in Blaubeuren. Der Parteivorstand halte eine teilweise Entkriminalisierung des Sexualstrafrechts für „dringend notwendig“, heißt es darin. Gemeint sind ausdrücklich auch die Strafgesetzbuchparagrafen 174 und 176, die sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen unter Strafe stellen. Der Parteivorstand bemängelt unter anderem, dass das Strafrecht zu scharf sei und nicht zwischen „sanktionswürdigen Fällen“ und „Bagateltsachen“ unterscheide.

Das Erstaunliche an dem Papier des Landesvorstands: Wenige Wochen zuvor war es in Nordrhein-Westfalen zum sogenannten Kindersex-Skandal gekommen. Nach der öffentlichen Diskussion über ein Arbeitspapier, das „gewaltfreie Sexualität“ zwischen Erwachsenen und Kindern erlauben wollte, hatten die Grünen den Einzug in den Düsseldorfer Landtag verpasst. Es war eine Zäsur für die Grünen: Die Partei realisierte, dass sie sich unmöglich macht, wenn sie die Anliegen von Pädophilen weiter unterstützt.



Obwohl diese und andere Untersuchungen die These von der Schädlichkeit pädophiler Beziehungen für das Kind widerlegen, bleiben viele Wissenschaftler in Terminologien wie „Opfer“, „Täter“ „Fälle“ usw. stokesen und argumentieren mit so schwammigen Formulierungen wie z.B. „...kleinere schädliche Neigungen...“ Hier wird beispielhaft deutlich, wie die eigene Meinung, trotz klarer Ergebnisse der selbst erhobenen Forschungen, sich an der gesellschaftlichen Diskriminierung orientiert!

Auch Rezzo Schlauch erinnert sich an die Debatten rund um NRW. Er war von Anfang an bei den baden-württembergischen Grünen, später machte er als Bundestagsabgeordneter und als Parlamentarischer Staatssekretär Karriere in Berlin.

Schlauch bestreitet, dass sich die Grünen im Südwesten mit den Forderungen der Pädophilen eingemacht hätten: „Ich erinnere mich an die Diskussionen, ja. Wir haben uns an den Nordrhein-Westfalen gerieben, wir waren da weit, ganz weit entfernt von, da bin ich mir sicher.“

Archivunterlagen belegen etwas anderes. Trotz des NRW-Debakels wollten die Grünen im Südwesten den Pädophilisten entgegenkommen. Man plädierte für Regelungen im Strafrecht, die dem Grundsatz „Im Zweifel für die Freiheit“ folgten, heißt es in der Vorlage der Grünespitze für den Parteitag. Einen Beschluss fassten die Delegierten allerdings nicht. Als das Thema zur Sprache kam, war der Parteitag nicht mehr beschlussfähig.

Die Grünen tun sich schwer mit ihrer Vergangenheit, das zeigt auch das Beispiel des Berliner Landesverbands. Er machte sich schon vor drei Jahren daran, die Umtriebe Pädophiler in den eigenen Reihen aufzuklären. Im Abschlussbericht heißt es zwar selbstkritisch, dass die Partei pädophiler Aktivisten „aus falsch verstandener Toleranz“ nicht konsequent genug entgegengetreten sei.

Andererseits findet sich in dem Bericht kein Wort zu der pädophilen Streitschrift „Ein Herz für Sittenstrolche“. Dabei gab sich damals sogar ein Mitglied des AL-Vorstands dafür her, das Vorwort für die Broschüre zu schreiben. ANN-KATRIN MÜLLER